

Bettina Hagedorn

- (A) gefolgt sind. Schon in der ersten Lesung dieses Gesetzesentwurfes habe ich Ihnen prophezeit, dass die Bundesagentur für Arbeit am Ende nicht 16 Milliarden Euro bekommen muss – diese Zahl stand damals noch im Haushalt, der nur eine Woche vorher eingebracht worden ist –, sondern dass es – jetzt kennen wir die Zahl – nur 12,8 Milliarden Euro sind.

Die an dieser Stelle eingesparten 3,2 Milliarden Euro plus die 400 Millionen Euro, die beim Arbeitslosengeld II weniger ausgegeben werden, sind die vermeintlichen Einsparungen im Haushalt, die Sie in die Lage versetzen, die Nettokreditaufnahme jetzt so massiv zu senken.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Zwischen 3,6 Milliarden Euro und 6,6 Milliarden Euro besteht nach Adam Riese aber ein großer Unterschied! Wir sparen 3,6 Milliarden Euro!)

Das heißt, es handelt sich nicht wirklich um Einsparungen, sondern um die Anpassung eines Schätzwertes aufgrund einer verbesserten konjunkturellen Lage. Die Verbesserung der konjunkturellen Lage ist vor allen Dingen das Ergebnis einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die wir noch in unserer gemeinsamen Regierungszeit, im letzten und vorletzten Jahr, betrieben haben und die die Grundlage dafür war, dass die Arbeitslosenzahlen in Deutschland heute viel niedriger sind als in vielen anderen Ländern um uns herum.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Weil es in der Krise das Wichtigste ist, den Menschen, die in aller Regel ohne ihre Schuld arbeitslos werden, tatsächlich Angebote zu machen, damit sie wieder einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz bekommen, ist es unerlässlich, die Arbeitsmarktpolitik in vollem Umfang zu erhalten. Die 900 Millionen Euro haben Sie zwar nicht gestrichen – das ist richtig –; aber Sie haben sie gesperrt. Dies wirkt de facto wie eine Kürzung,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das wird wieder entsperrt! – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Das stimmt nicht, dass das wie eine Kürzung wirkt! Das stimmt nicht!)

es sei denn, Kollege Barthle, Sie tun wirklich das, was Sie hier angekündigt haben. Daran werden wir Sie messen. Wenn es Ihnen gelingt, in den nächsten zwei, drei Wochen die Sperre aufzuheben, dann haben Sie recht; dann ist es nicht gekürzt. Aber wenn Sie damit erst in den April, Mai oder Juni kommen, dann ist es de facto eine Kürzung, und das versuchen Sie vor den NRW-Wahlen lediglich zu vertuschen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das werden wir schon richtig machen! Bleiben Sie mal ganz ruhig! – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Sie verdrehen die Tatsachen! Das ist schäbig!)

Präsident Dr. Norbert Lammert: (C)
Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Claudia Winterstein für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Damit die von ihr angeregten Glückwünsche zum heutigen Geburtstag ihres Fraktionskollegen Dr. Edmund Geisen nicht von ihrer ohnehin knappen Redezeit abgehen, nutze ich die Gelegenheit, auch Ihnen recht herzlich zum Geburtstag zu gratulieren.

(Beifall)

Bitte schön, Frau Winterstein.

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir entscheiden hier heute abschließend über den Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Sozialversicherungssysteme. Wir regeln hier also den Zuschuss zur Krankenversicherung, den Zuschuss zur Arbeitslosenversicherung und die Verdreifachung der Schonvermögen sowie die Einführung eines Sonderprogramms für Milchviehhalter.

Zum Schonvermögen möchte ich vorweg eines sagen: Frau Hagedorn, Sie hatten lange genug Zeit, die Verdreifachung des Schonvermögens einzuführen. Ich frage mich, warum Sie das nicht schon früher getan haben.

(Beifall bei der FDP – Joachim Poß [SPD]: Olaf Scholz hatte das vorgeschlagen! – Gegenruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU]: Herr Müntefering war dagegen! Jetzt mal schön ruhig!) (D)

Ich finde dafür keine Begründung.

Gerne hätten wir zum Beispiel auch über die Härtefallregelung im SGB II abschließend entschieden – Sie haben sie schon erwähnt –, zu der uns das Bundesverfassungsgericht einen Auftrag gegeben hat. Leider ist dies von der SPD verhindert worden. Es bleibt also dank der SPD die Unsicherheit

(Bettina Hagedorn [SPD]: Keine Unsicherheit für die Menschen!)

– es ist durchaus eine Unsicherheit – sowohl für die Berechtigten als auch für auszahlenden Stellen. Ihre Begründung ist sehr fadenscheinig, wenn Sie meinen, dass man dies abtrennen müsse, anstatt es sofort auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Hier wird jedenfalls von unserer Seite aus nichts durch die kalte Küche eingeführt, sondern man muss ganz klar sagen, dass es für die Härtefallregelung einen sehr vernünftigen, ausgewogenen Vorschlag gibt,

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagen Sie!)

der sich auch am Wortlaut des Urteils orientiert und einen beispielhaften und dabei ausdrücklich auch nicht abschließenden Katalog von möglichen Härtefällen beinhaltet. Wir könnten damit den Vorgaben des Verfassungsgerichts sehr schnell und solide Folge leisten. Ich

Dr. Claudia Winterstein

- (A) bedauere, dass dies von der SPD verzögert worden ist. Aber wenn es von den Betroffenen Nachfragen gibt, dann werden sicherlich Sie wie auch Herr Schneider gerne zur Verfügung stehen und darüber Auskunft geben.

Die übrigen Regelungen des Gesetzentwurfs setzen wir nun in Kraft. Hier geht es um wichtige Maßnahmen zum Schutz von Arbeitsplätzen. Wir vermeiden damit Beitragsanhebungen in der Sozialversicherung; es ist also eine in der jetzigen Konjunkturlage sehr richtige Maßnahme.

Aus Haushältersicht ist der wichtigste Posten natürlich der Zuschuss zur Bundesagentur für Arbeit. Das Gesetz nennt hier ausdrücklich keinen Betrag; Sie haben das vorhin erwähnt. Es sollten erst 16 Milliarden Euro sein. Wir sind froh, dass es nun nur 12,8 Milliarden Euro sind, weil es weniger Arbeitslose und ein nicht so starkes Absinken der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze gibt. – Zu dem ebenfalls in diesem Gesetz geregelten Zuschuss zur Krankenversicherung wird meine Kollegin Ulrike Flach noch etwas sagen.

Der zweite sozialpolitisch bedeutsame Teil des Gesetzes ist die Verdreifachung des Schonvermögens von 250 auf 750 Euro pro Lebensjahr und auf eine Maximalhöhe von 50 250 Euro. Das ist ein wirklich großer Schritt dahin, dass jemand, der unverschuldet in eine solche Situation geraten ist, davor geschützt wird, dass im Prinzip seine Vorsorge angegriffen wird. Durch die Erhöhung des Schonvermögens tragen wir dafür Sorge, dass jemand, der unverschuldet in die Situation gekommen ist, von Arbeitslosengeld II leben zu müssen, sein Altersvorsorgevermögen behalten darf und nicht dafür bestraft wird, dass er vorgesorgt hat.

(B)

Sie sind vorhin kurz darauf eingegangen, dass wir gestern Abend 900 Millionen Euro des Eingliederungsbudgets gesperrt haben. Als Haushälterin sollten Sie wissen, dass es ein großer Unterschied ist, ob gekürzt wird oder ob gesperrt wird. Wir wollen es einmal ganz deutlich sagen: Wir haben im letzten Jahr für Eingliederungsmaßnahmen 10,1 Milliarden Euro ausgegeben. Wir haben in diesem Jahr hier nichts gekürzt und satteln sogar 900 Millionen Euro drauf.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben das Budget mit einer Sperre versehen, weil wir, wie ich schon in meiner letzten Rede zu diesem Thema gesagt habe, möchten, dass zunächst die Wirksamkeit der Arbeitsmarktinstrumente überprüft wird, damit die Weiterbildungsmaßnahmen, die wir anbieten, in Zukunft wirklich effektiv sind und greifen. Es darf nicht dazu kommen, dass Menschen von einer Weiterbildungsmaßnahme in die nächste geschickt werden, ohne dass dies einen Nutzen hat. Das ist auch im Sinne derjenigen, die Arbeit suchen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ziel ist ja, in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Wir sagen ganz klar: In dem Moment, wo wir ein Konzept

vorgelegt bekommen – es sollte nicht so schwierig sein, ein Konzept zu entwickeln –, werden wir die Sperre aufheben, und dann stehen diese 11 Milliarden Euro zur Verfügung. Insofern gibt es hier keine Kürzung; jeder, der das behauptet, spricht nicht die Wahrheit. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir wissen doch, wie das läuft: Sie sperren so lange, bis die Mittel nicht mehr abgerufen werden können! Erzählen Sie doch keine Märchen! Das hat mit der Praxis nichts zu tun!)

Wenn von Ihrer Seite nur Verhetzungspotenzial kommt, hat das mit Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit nichts zu tun. Ich denke, die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht, zu erfahren, wie die Dinge sind: Wir stellen diese 11 Milliarden Euro zur Verfügung, sobald ein vernünftiges Konzept vorliegt. Das werden Sie in den nächsten Wochen und Monaten erleben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Das ist im Sinne der Arbeitslosen!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Kollegin Gesine Löttsch ist die nächste Rednerin für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE): (D)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir als Linke wollen stabile Sozialversicherungssysteme. Wir finden, dass die Menschen, die jahrzehntelang in diese Systeme eingezahlt haben, ein Recht darauf haben, sich darauf verlassen zu können, dass diese Systeme funktionieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Womit wir überhaupt nicht einverstanden sind, meine Damen und Herren von der rechten Seite dieses Hauses, ist, dass die Risiken für die Aufrechterhaltung dieser Systeme immer mehr auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgewälzt werden, während die Unternehmen entlastet werden. Das ist doch eine Ursache der Krise. Diese Ursache haben Sie, Herr Kollege Barthle, in Ihrem Vortrag überhaupt nicht angesprochen. Damit bin ich nicht einverstanden.

(Beifall bei der LINKEN)

Was mich an Ihrer Rede besonders gestört hat, Herr Kollege Barthle von der CDU/CSU, ist, dass Sie gesagt haben: die Krise – als wäre die Krise vom Himmel gefallen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist Ergebnis politischen Handelns und politischer Entscheidungen. Diese Regierung hat bisher nichts getan, um die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise wirksam zu bekämpfen. Sie hat nichts getan, um den Bankern und Zockern in den Arm zu fallen. Sie tun so, als wäre die Krise vom Himmel gefallen. Nein, die Krise ist auch Ergebnis